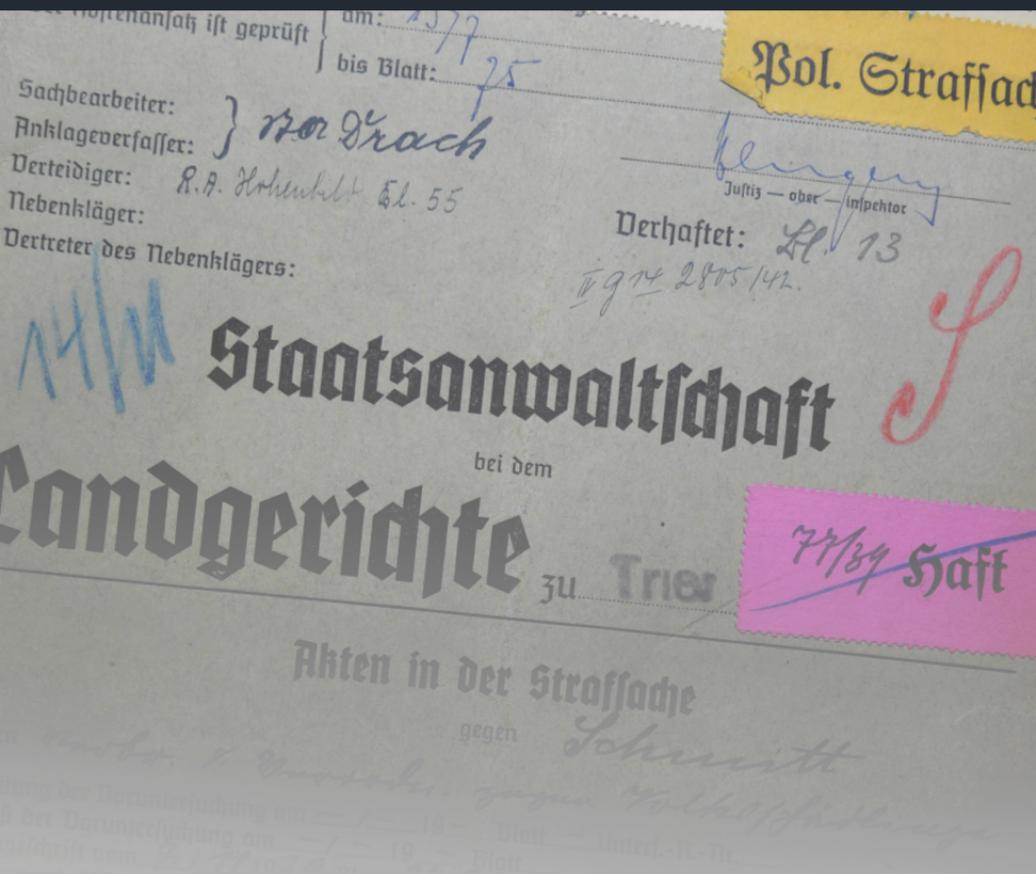


JURISTEN, POLIZISTEN UND HISTORIKER IM GESPRÄCH

Politische Justiz in Trier während der NS-Zeit



EIN WORKSHOP DER STAATSANWALTSCHAFT TRIER UND
DES FORSCHUNGSPROJEKTES "DIE GESTAPO TRIER"

Donnerstag, 16. November 2017, 13:30-17:30 Uhr
Staatsanwaltschaft Trier, Christophstraße 1, 54290 Trier

Die Wahrnehmung des nationalsozialistischen Deutschlands als Unrechtsregime ist nahezu unbestritten. Doch nicht allein das während des Nationalsozialismus geltende Recht machte Deutschland zu einem Unrechtsstaat. Die bis ins Ende des 19. Jahrhunderts zurückreichenden Grundfesten sowohl des Strafrechts, des Polizeirechts als auch der Verfassung waren von liberaler, teils sogar demokratischer Prägung. Auch nach 1945 knüpfte man an diese Gesetzestexte an.

Im Workshop sollen ausgewählte Themen der polizeilichen und staatsanwalt-schaftlichen Arbeitsfelder und Zuständigkeiten während des Nationalsozialismus beleuchtet und anhand von Originalakten der Staatsanwaltschaft Trier und der Trierer Gerichte sowie Ermittlungsakten der Gestapo Trier erarbeitet werden. Neben der Frage nach dem historischen Wert und der Repräsentativität des Fallbeispiels soll ein jeweils dem Thema angepasster aktueller Bezug hergestellt werden. Die Zusammensetzung der Arbeitsgruppen aus Polizeibeamt/inn/en, Jurist/inn/en und Historiker/inne/n soll unterschiedliche Perspektiven und Ansätze zur Bearbeitung der Fallakten zusammenbringen und eine Diskussion anregen.

Folgende Arbeitsgruppen sind vorgesehen:

1. Das Instrument der Schutzhaft
2. Exempelstatuierung als „Generalprävention“
3. § 211 StGB – Perspektivwechsel: Von der Tat zum Täter
4. Das Verhältnis von Justiz und Polizei in der Ermittlungsarbeit
5. Mediale Darstellung von Prozessen und Steuerung der öffentlichen Meinung

13:30 Uhr	Begrüßung durch die Veranstalter
13:45 Uhr	Einführender Kurzvortrag
14:15 Uhr	Arbeitsgruppen
15:45 Uhr	Kaffeepause
16:15 Uhr	Plenum und Diskussion
17:30 Uhr	Veranstaltungsende

Die Teilnehmerzahl ist auf 40 begrenzt. Anmeldungen bitte bis zum 03.11.2017 an Ihre Behördenleitung oder per E-Mail an gestapoprojekt@uni-trier.de. Weitere Informationen sind unter der angegebenen E-Mail-Adresse oder unter 0651-2013332 zu erfragen.



 **Universität Trier**



Rheinland-Pfalz

STAATSANWALTSCHAFT
TRIER